

Inkludierende niedrigschwellige Suchthilfe: das Beschäftigungsprojekt „Kölner Feger“

Niedrigschwellige Angebote bieten seit Jahrzehnten erfolgreich Überlebenshilfen für Suchtkranke. Sie leisten ihre Arbeit meist in „Schutzzonen“ und betreuen in der Exklusion. In Zeiten sozialer Rechte ist es aber ihre Aufgabe, auch die gesellschaftliche Teilhabe Süchtiger zu fördern. Das Projekt „Kölner Feger“ ist ein Beispiel für Inklusionsmöglichkeiten in der niedrigschwelligen Suchthilfe.

Es ist nicht strittig: Niedrigschwellige Angebote helfen Leben zu retten. Kontakt- und Notschlafstellen, Drogenkonsumräume, Spritzenaustausch, „Safer Use“ und viele andere Angebote dienen der Überlebenssicherung Drogenabhängiger. Vor allem die Substitution wurde in den vergangenen Jahren auch ohne gezielte Ausstiegsszenarien oder Abstinenzanspruch zum „Goldstandard“ in der Behandlung Opiatabhängiger etabliert. Laut der Studie „Drogen und chronische Infektionskrankheiten in Deutschland“ des Robert-Koch-Institut (RKI) 2011–2015 sind in deutschen Großstädten zwischen 40 und 65 % der Opiatabhängigen substituiert, z.B. in Berlin 40 %, Frankfurt a.M. 44 %, Köln 65 %, München 54 % und Hamburg 56 % (RKI 2014).

Risiken der „Exklusionsbetreuung“

Nach der PREMOS Studie („Predictors, Moderators and Outcome of Substitution Treatment“) gelingt es mit der Substitution, Überleben sicherzustellen, allerdings bestätigt sie auch: Neben dem Überleben und teilweise verbesserter Lebensqualität fördert Substitution auch die Chronifizierung von Sucht (Wittchen u.a. 2011, 205, 237, 239, 284, 295). Das mag sehr unterschiedliche Ursachen haben, doch eines liegt auf der Hand: Drogenabhängige sind in den Jahren ihrer Abhängigkeit in der Regel ganztags damit beschäftigt Geld und Drogen zu besorgen. Beginnen sie eine Substitution wird der tägliche „drogenbezogene“ Aufwand auf etwa eine tägliche Stunde reduziert. Nach einem jahrelangen „fulltime job“ unter permanenter Betäubung fehlt nun plötzlich jegliche Tagesstruktur und Beschäftigung. Ohne weitere begleitende Unterstützung sind die Betroffenen in der Regel recht hilflos den Erinnerungen und Resultaten ihrer Jahre innerhalb der Szene, ihrem oft dysfunktionalen, aber auch sich selbst und andere verletzenden Lebensstil ausgeliefert. Zusätzlich drängen die vielschichtigen Ursachen der Abhängigkeit ohne Betäubung ans Tageslicht und ins Bewusstsein.

Das fängt eine gelegentliche psychosoziale Betreuung, Begleitung oder Beratung, wenn sie denn stattfindet, nicht auf und dies erklärt den zum Teil massiven sogenannten Beigebrauch mit Opiaten, Alkohol und Benzodiazepinen. Statt einer gezielten und grundsätzlichen Änderung des Lebensstils verharren viele wie in den Jahren zuvor in den unterschiedlichen niedrigschwelligen Angeboten. Hier kennen sie sich aus, haben ihre Kontakte und ein Mindestmaß an Tagesablauf. Niedrigschwellige Einrichtungen sind für viele Betroffene ein Zuhause, die unterschiedlichen Mitarbeitenden Ersatz für eine Familie, zumindest Bezugspunkt.

Was über Jahre hinweg Überlebenshilfe war, birgt ohne gezielte Maßnahmen zur Weiterentwicklung die Gefahr des Verharrens in den Überlebensnischen und der Fortsetzung prekärer Lebenslagen und Marginalisierung (Hecht u.a. 2014, 9 f., 31 ff.). Wenn eine Versorgung oder Betreuung auf der Zielhierarchie „Kontakt finden und halten – lindern – bessern – heilen – neuorientieren“ (ebd.,42) bei der Linderung endet, wenn das weitere Leben trotzdem nur in der Drogenszene oder in den Biotopen der niedrigschwelligen Hilfen weitergeht, wenn niedrigschwellige Suchthilfe nicht über ihren Tellerrand hinaus handelt, muss vom Risiko einer dauerhaften und Chronifizierung fördernden Exklusionsbetreuung gesprochen werden.

Niedrigschwellige Hilfen als Inklusionsvermittlung

Wir haben bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass niedrigschwellige Hilfen, egal, ob es sich um Sucht- oder Wohnungslosenhilfe handelt, für ihre gesamte Klientel mehr bieten sollten als reine Überlebenshilfe in akuten Notlagen. Denn es geht nicht nur um Suppenküchen und Wärmestuben, sondern um Zugänge zu Teilhabe und damit zu Inklusion:

„Diese soziale Inklusion ist dabei mehr als Integration: Integration zielt auf die Anpassung in eine bestehende gesellschaftliche Ordnung. Soziale Inklusion dagegen bezieht die Öffentlichkeit mit ein: Indem die Betroffenen an der Gesellschaft teilhaben, muss sich auch die Gesellschaft selbst öffnen, toleranter werden und dazu bereit sein, mit schwachen Mitgliedern zusammenzuleben“ (Hecht 2014, 27).



Andreas Hecht,
Dipl. Sozialpädagoge,
Psychodrama-Leiter, Leitung
„Suchthilfe am Hbf“ des
SKM Köln. E-Mail: andreas.
hecht@skm-koeln.de.



Jane van Well,
Dipl. Sozialarbeiterin,
Fachkraft für Kriminalprävention
„Suchthilfe am Hbf“ des
SKM Köln, Projektleitung
Beschäftigungsprojekt
„Kölner Feger“. E-Mail: jane.
van.well@skm-koeln.de

Während in der Bildungsarbeit und in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen Inklusion zum selbstverständlichen Auftrag gehört, sind entsprechenden Überlegungen in der niedrigschwelligen Suchthilfe nur in wenigen Ansätzen sichtbar. Gerade in Zeiten, in denen soziale Rechte institutionalisiert sind (z.B. Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch [SGB II]), in denen man sich offenbar nur gut genug anstrengen muss, um dazuzugehören, droht soziale Ausgrenzung im Inneren der Gesellschaft:

„Weniger der Ausschluss aus Institutionen als die Ausgestaltung der Institutionen selbst – wenn Sie so wollen: die Ausgestaltung der institutionellen Inklusion – ist heute für den Verlust von realer Teilhabe entscheidend“ (Kronauer 2007,10).

Das gilt für das Bildungswesen und für die soziale Arbeit mit den sogenannten „Randgruppen“, die eben auch Teile der Gesellschaft, also im „Inneren“ sind. Schmid bezeichnet Sozialarbeiter/innen in der institutionalisierten niedrigschwelligen Suchthilfe folgerichtig als Fachkräfte für Inklusionsvermittlung, die nur so lange wie nötig Exklusionsbetreuung leisten, sich für Exklusionsvermeidung engagieren, ein berufliches Selbstverständnis von Inklusionsvermittlung vertreten und für stellvertretende Inklusion stehen (vgl. Schmid 2014).

Was bedeutet das für die Etablierung von Inklusionszielen in der niedrigschwelligen Suchthilfe? Grundsätzliche Ziele niedrigschwelliger Arbeit sind in dem Befähigungsansatz „Capability Approach“ (nach M. Nussbaum und A. Senn) als Minimum für ein menschenwürdiges Leben und für soziale Gerechtigkeit sowie als denkbare normative Grundlagen niedrigschwelliger Hilfen formuliert. Das sind im Wesentlichen: Leben (nicht frühzeitig sterben), körperliche Gesundheit (Ernährung, Unterkunft), körperliche Integrität (Schutz vor Gewalt), Sinne, Vorstellungskraft, Denken (sich seines Verstandes zu bedienen), Gefühle (Bindungen zu Dingen und Personen), praktische Vernunft (eigene Lebensplanung), Zugehörigkeit (Anerkennung) und Kontrolle über die eigene Umwelt (Wohnung). (Schmid 2014).

In der praktischen Konsequenz werden diese grundsätzlichen Ziele präzisiert und im Sinne inkludierender Hilfen von uns ergänzt um: Gewinn an Tagesstruktur, Tätigkeit und Beschäftigung als Elemente von Teilhabe, Ausbau sozialer und arbeitsbezogener Kompetenzen, Ermöglichen von Selbstwirksamkeitserfahrungen, öffentliche Anerkennung und Zukunftsplanung.

Für die niedrigschwellige Arbeit bedeutet es, die Hilfen allenfalls zur Überlebenssicherung in sogenannten Rückzugsräumen stattfinden zu lassen und sich ansonsten aus den gesellschaftlichen Nischen zu lösen. Wenn Nischen nötig sind (z.B. aus Schutzgründen), halten wir es für sinnvoll, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren und der Öffentlichkeit ebenso wie den Betroffenen selbst die Chance zu geben, neue Erfahrungen zu sammeln. Schließlich geht es auch darum, Akteure aus der Mitte der Gesellschaft

zu bürgerschaftlichem und unternehmerischem Engagement zu gewinnen und das Mitnehmen Benachteiligter in der Gesellschaft (wieder) zu etablieren.

Das Beschäftigungsprojekt „Kölner Feger“

Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurde das Beschäftigungsprojekt „Kölner Feger“ entwickelt. Das Angebot ist Teil niedrigschwelliger Hilfen des Sozialdienstes Katholischer Männer (SKM) am Kölner Hauptbahnhof und wendet sich in Abstimmung mit dem Jobcenter ausschließlich an Substituierte mit Leistungsansprüchen im Rahmen des SGB II. Die Tätigkeit besteht in der Reinigung an besonders durch Wohnungslose oder Drogenabhängige belasteten Straßenzügen und Orten wie Parks, öffentlichen Plätzen und Spielplätzen. Ein Einstieg in Beschäftigung besteht in einer niedrigschwelligen, also anforderungsarmen Heranführung an eine Tätigkeit in Form einer regelmäßigen Beschäftigung.

Die Ziele der Teilnehmenden sind auf der einen Seite die Heranführung an Arbeitstugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Pflichtbewusstsein, Zusammenarbeit und berufliche Perspektivenbildung. Auf der anderen Seite ist durch die Beschäftigung zumindest ein Teil des Tages klar strukturiert: In dieser Zeit werden keine Drogen oder Alkohol konsumiert und es gibt klare Handlungsaufträge. Die Mitarbeit wirkt der Langeweile und dem Nichtstun aktiv entgegen und am Ende der Arbeitswoche erfolgt eine, wenn auch kleine, finanzielle Entlohnung.

Ziele auf der öffentlichen Seite sind die Reinigung und Entmüllung von besonders belasteten Gebieten, die Entlastung des öffentlichen Raumes und die Verbesserung des städtischen Klimas zwischen Bürger/innen und Angehörigen sogenannter Randgruppen. Eine fest definierte Gruppe von fünf bis sechs Klienten durchstreift in Begleitung einer Anleiterin oder eines Anleiters auf festgelegten Routen die Innenstadt und sammelt Unrat, Hinterlassenschaften von Suchtmittelkonsum und anderen Müll. Der Abfall wird in Säcken an festgelegten Orten abgestellt und von den Abfallwirtschaftsbetrieben eingesammelt. Spritzen und andere kontaminierte Drogenutensilien werden in dafür geeigneten Behältnissen gesammelt und über die Einrichtung entsorgt.

Das Projekt lebt in hohem Maße von der Bereitschaft diverser Akteure, sich zu beteiligen bzw. einzubringen, da nur so eine breite Akzeptanz für das Anliegen geschaffen werden kann. Zentrale Voraussetzung ist die Genehmigung des Jobcenters bezüglich des Einsatzes von Langzeitarbeitslosen in Arbeitsgelegenheiten (AGH) nach dem SGB II, sogenannten „Ein-Euro-Jobs“. Die Abfallwirtschaftsbetriebe der Stadt Köln unterstützen das Projekt mit Logistik, Kleidung, Werkzeug und Material. Die Deutsche Bahn AG stellt Raum zur Unterbringung des Werkzeuges zur Verfügung. Mit weiteren wichtigen Kooperationspartnern wie der Polizei, dem Ordnungsamt und anderen städtischen Fachämtern, den Kölner Verkehrsbetrieben, der Industrie- und Handelskammer und

weiteren Akteuren gibt es Absprachen logistischer und ideeller Art, gegebenenfalls auch finanzielle Unterstützung für das Projekt.

Erste Erfahrungen

Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose sind nicht frei von Kritik. Vor allem nach der radikalen Kürzung von Instrumenten zur Teilhabeförderung bei Langzeitarbeitslosen sind sie praktisch als einzige Einstiegsmöglichkeit für eine suchtkranke und arbeitsmarktferne Klientel geblieben. Hauptkritikpunkt ist die Gefahr der Förderung von Demoralisierungsprozessen durch die zeitliche Begrenzung auf vierundzwanzig Monate, zumal die nächste, in aller Regel völlig unrealistische Entwicklungsstufe nur der erste Arbeitsmarkt bietet. Trotz dieser berechtigten Kritik zeigen erste Erfahrungen, dass das Projekt sinnvoll und wirksam ist.

Nach einer Vorbereitungsphase konnte die Umsetzung der Pilotphase Mitte Juni 2015 erfolgen. Zunächst war ungewiss, wie das neue Angebot angenommen werden würde. Aus der Kollegen- und Kooperationspartnerschaft und vor allem von der Klientel selbst wurde das Projekt begrüßt und für sinnvoll befunden, aber gleichermaßen in Frage gestellt: Warum sollten sich langjährig Drogenabhängige ohne jeglichen Bezug zu regelmäßiger Beschäftigung im Sinne von Arbeit freiwillig melden? Was sollte neben einer monatlichen sicheren Einkunft von Arbeitslosengeld II noch zusätzlich zu Arbeit motivieren? Und wenn, warum dann für so wenig Geld „schuftet“?

Die Beweggründe der „Kölner Feger“ sind ausprobieren, Perspektiven finden, mal etwas anderes erleben, Veränderungswille, eine Rolle einnehmen, in „Uniform“ in der Öffentlichkeit stehen, sich präsentieren, zeigen, dass man anders ist als das Vorurteil es vortäuscht. Seither treffen sich jeden Morgen um 8:30 Uhr fünf bis sechs durch das Jobcenter zugewiesene Substituierte in der Kontaktstelle zum Frühstück. Nach einer kurzen Arbeitsbesprechung und Umkleide begibt sich die Gruppe zum Materialschuppen und startet von dort aus die vorgesehenen Routen.

Der Ertrag an Müll ist außerordentlich: Täglich werden in der Arbeitszeit in der Regel vier, bei Schwerpunktaktionen bis zu zwanzig Müllsäcke gefüllt. Es handelt sich überwiegend um Hinterlassenschaften aus der Drogen- und Wohnungslosenszene rund um den Hauptbahnhof, dabei werden bis zu drei Kilometer lange Strecken zurückgelegt. Daneben wird eine Menge an „normalem“ Müll in Parkanlagen, Plätzen und den begangenen Straßen aufgesammelt. Der Arbeitstag endet um 12.30 Uhr mit einer kurzen Abschlussbesprechung, interner Manöverkritik und den notwendigen Formalitäten.

Die spontanen Reaktionen von Bürger/innen sind nicht nur sehr ermutigend für die „Kölner Feger“, sie stellen auch ihr bisheriges Bild von sich selbst als „Abschaum“ und der „Gesellschaft“ als ablehnender Instanz infrage. Von Passant/innen, Geschäftsleuten

und Polizeibeamt/innen freundlich begrüßt und mit Dank versehen zu werden, gehörte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten nicht zu den vorwiegenden persönlichen Erfahrungen der meisten Drogenabhängigen. Wir meinen, dass diese irritierende Konfrontation mit dem eigenen negativen Selbstbild erste Schritte zu Veränderung und zu Integration, nämlich vielleicht doch dazugehören zu können, einleiten können.

Neben der Sammeltätigkeit beschäftigen sich die Teilnehmenden des Projektes mit den alltäglichen Themen der Arbeitswelt: Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, dem Einhalten von Vorgaben, Aufträgen und Absprachen, Verbindlichkeit und Kommunikation und sie beschäftigen sich mit ihrer „Vorbildfunktion“ als Träger von Dienstkleidung mit einer Rolle, die, zumindest während der Arbeitszeit, über ihrem privaten Leben steht.

Ein weiterer und hoch interessanter Aspekt der Tätigkeit ist die Auseinandersetzung der Teilnehmenden mit ihren bisherigen Verhaltensweisen und Normen. Die Phänomene rund um den Themenkomplex normabweichenden Verhaltens, des Lebens in kriminellen Milieus und alltäglicher Gewalt wurde von uns ausführlich an anderer Stelle beschrieben (Hecht 2012, 29 ff.). Im Suchtalltag kreisen jegliche Überlegungen um Beschaffung von Geld, Drogen und Konsum, meist in kriminellen Kontexten. In ihrer Tätigkeit bei den „Kölner Fegern“ wird den Teilnehmenden bewusst, dass sie während ihrer Arbeitszeit anders handeln als sie es bisher taten oder sich gar in ihrem Privatleben aktuell verhalten würden: zum Beispiel beim Fund einer Geldbörse, die bei der Polizei abgegeben und nicht einbehalten oder verkauft wird, oder beim Austragen von Konflikten, die nicht in Gewalt enden. Die Teilnehmenden entwickeln eine Sensibilität für ihre eigengesetzlichen Verhaltensweisen, sie beginnen über sich selbst zu staunen, dass es ihnen möglich ist, mit der Veränderung ihrer Rolle auch prosoziale Normen einhalten zu können. Im Arbeitsalltag existiert nicht nur ein leicht zu erkennendes Richtig oder Falsch, Schwarz oder Weiß, sondern es gelten die ganz alltäglichen Grautöne. Die Orientierungs- und Rettungsformel eines Teilnehmers wird hier zur angewandten Leitfrage in Entscheidungssituationen: „Wo fängt es an, wo hört es auf?“

Diese Effekte treten nicht von selbst ein. Die Arbeitsanleitung erfordert eine permanente Aufforderung zur Auseinandersetzung mit Milieus und Lebensstil, Ansprache und Steuerung, aber auch Ermutigung und Zuspruch. Regelmäßige Reflexionen der Motivation, des Arbeitsverhaltens und eine persönliche Zielplanung helfen dabei, den Spannungsbogen zu halten, vor allem, wenn die Arbeit zum Alltag wird.

Perspektiven

Mit wachsender Routine und zunehmendem Bekanntheitsgrad versprechen wir uns von dem Angebot weitergehende Effekte: Erste Kontakte in andere Stadtbezirke zeigen, dass der Bedarf an einer Kombination aus Beschäftigung von Randgruppenangehörigen und Verbesserung des Stadtbildes immens ist und dass zunehmend Gruppen aus Politik,

Geschäftsleute und andere Akteure aus der Mitte der Stadt an einer Zusammenarbeit interessiert sind. Das gilt es auszubauen.

Für die Teilnehmenden sind bessere Bedingungen zu schaffen, vor allem, um der berechtigten Kritik an dem Instrument „Arbeitsgelegenheiten“ zu begegnen. Dazu zählen besonders die Vereinfachung der Zugänge, die Abflachung der Stufen zur beruflichen Weiterentwicklung und die Berücksichtigung der Besonderheiten süchtiger Lebensstile und Milieus. Wegen der niemals linearen Suchtverläufe braucht es ein Bündel von Möglichkeiten und Maßnahmen, die ganz individuelle Einstiege und Wiedereinstiege möglich machen. Auch die Angebotsvielfalt spielt eine wichtige Rolle, es müssen die unterschiedlichen Niveaus, Kompetenzen und Hindernisse der Betroffenen berücksichtigt werden.

Ziele sind langfristige Perspektiven für Suchtkranke bis zu einer Qualifizierung und Übergänge in den regulären Arbeitsmarkt, mindestens aber eine Tagesstruktur und sinnstiftende Tätigkeit für diejenigen, die das Ziel der Dauerbeschäftigung auf dem ersten oder zweiten Arbeitsmarkt nicht erreichen können. Arbeitsgelegenheiten müssen demnach den Einstieg in eine berufliche Entwicklung mit offenem Ausgang darstellen und dürfen keine Einbahnstraße mit einem Ende nach vierundzwanzig Monaten markieren.

Zusammenfassend stellen wir fest, dass es dringend an der Zeit ist, die altbewährten Aufträge und Aufgaben niedrigschwelliger Hilfen zu renovieren und den Gegebenheiten der Zeit anzupassen. Unserer Auffassung nach geht es neben Schutz und Versorgung heute mehr denn je um Beteiligung der Betroffenen, um Teilhabe. Denn auf das Überleben folgt das Leben.

Literatur

- Hecht, A. (2012): Der Umgang mit Phänomenen ubiquitärer Gewalt in niedrigschwelligen Einrichtungen der Drogenhilfe, in: Fais, J. (Hrsg): Gewalt – Sprache der Verzweiflung. Vom Umgang mit Gewalt in der Suchthilfe, Lengerich.
- Hecht, A. (2014): Teilhabe statt Wärmestuben: Hilfe für Suchtkranke Menschen, in: Neue Caritas 12/2014.
- Hecht, A./Petzold, H. G./Scheiblich, W. (2014): Theorie und Praxis Differentieller und integrativer niedrigschwelliger Arbeit (DINA) – die „engagierte Perspektive“ Integrativer Suchthilfe. FPI Publikationen 13/2014, Hückeswagen, <http://www.fpi-publikation.de/images/stories/downloads/polyloge/hecht-petzold-scheiblich-theorie-praxis-dina-engagierte-perspektive-integrative-suchthilfe-13-2014.pdf> (4. August 2015).
- Kronauer, M.(2007): Inklusion – Exklusion: ein Klärungsversuch. Vortrag auf dem 10. Forum Weiterbildung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Bonn, <http://www.die-bonn.de/doks/kronauer0701.pdf> (28. September 2015).

RKI – Robert-Koch-Institut (2014): 5. Newsletter 6/2014, http://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Studien/DRUCK-Studie/Newsletter/Newsletter_05-2014.pdf?__blob=publicationFile (4. August 2014)

Schmid, M. (2014): Niedrigschwellige Hilfen 2.0 – Zukunftsperspektiven niedrigschwelliger Hilfen zwischen Professionalisierung und Exklusionsbetreuung. Vortrag beim CaSu Fachtag 25. März 2014, <http://www.caritas-suchthilfe.de/veranstaltungen/dokumentation/2014/fachtag-niedrigschwellige-hilfen/fachtag-niedrigschwellige-hilfen> (28. Juli 2015).

Wittchen, H.-U./ Bühringer, G./ Reh, J. (2011) Suchtmedizin in Forschung und Praxis. Ergebnisse und Schlussfolgerungen der PREMOS-Studie (Predictors, Moderators and Outcome of Substitution Treatment), Bd. 13, Nr. 5

<http://www.premos-studie.de/11462.pdf> (4. August 2015).